



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

sp6/III/95

9. August 1948

Die sozialdemokratischen Parteien im Osten

Von unserem A.W.-Mitarbeiter für Ostfragen

In einer freien Demokratie wird es keinem Überzeugten Sozialdemokraten einfallen, sich nach Märschen hinter roten Fahnen mit Hammer und Sichel zu sehnen. Anders ist es in den Ländern der sowjetischen Einflusssphäre. Die Anwesenheit der sowjetischen Truppen als Verbündete der Kommunisten unterwarf die sozialdemokratischen Führer hier einem schweren inneren Zwiespalt. Auf der einen Seite mußten sie mit den Kommunisten zusammen am Wiederaufbau ihrer Länder arbeiten und andererseits wollten sie eine selbständige Partei bleiben. Blied sie zu selbständig, so wurden sie von den Kommunisten beschuldigt, die Einigkeit der arbeitenden Klasse zu zerstören. Arbeiteten sie aber mit den Kommunisten zusammen, so war es sofort deren Bestreben, sie völlig aufzusaugen. Der Druck wuchs in dem Maße, wie es den Kommunisten gelang, sich mit sowjetischer Unterstützung die entscheidenden Machtpositionen zu sichern. Schließlich war es für die führenden Sozialdemokraten nur noch eine Charakterfrage, ob sie noch rechtzeitig den Kommunisten ihre guten Dienste anboten, um dafür Ministersessel einzutauschen, wie z.B. Fierlinger in Prag, oder gar Staatspräsident zu werden, wie Szakasits in Ungarn, oder aber, ob sie in die Emigration gingen.

Als Ergebnis des dreijährigen Kampfes kann man nun sagen, daß, mit einer Ausnahme, alle sozialdemokratischen Parteien des Ostraums kapituliert haben. In Polen soll die Fusion mit den Kommunisten bis zum 1. Oktober durchgeführt werden, in Jugoslawien ließ Titos Regime es überhaupt nicht wieder zur Bildung einer sozialdemokratischen Partei kommen. In der Tschechoslowakei fand die Vereinigung mit den Kommunisten am 27.5. dieses Jahres statt. In Rumänien war es Anfang März so weit, Bulgarien folgte im Mai, und in Ungarn fand am 12.6. die erste Kundgebung der aus Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten neuen Arbeiterpartei statt. Nur eine Ausnahme gibt es, wie gesagt, und das ist Finnland. Aber Finnland ist ja auch das einzige Land, dem durch die Gunst seiner Lage und das rechtzeitige Abspringen von der "Achse" eine sowjetische Besatzung erspart blieb.

Wenn man das Vorgehen der Kommunisten in den einzelnen Ländern vergleicht, kann man feststellen, daß es fast immer nach demselben Schema geschah. Und das Tempo der Aufsaugung hing nur von der Geschicklichkeit des Führers der linken Sozialdemokraten ab, wie stark er sich dem widersetzen konnte. Am erfolgreichsten war hier ohne Zweifel

der polnische sozialdemokratische Parteisekretär und Ministerpräsident Cyrankiewicz. Schon im vorigen Jahre hatte der kommunistische Parteisekretär Goculka die Vereinigung gefordert. Die Sozialdemokraten mußten sich damit einverstanden erklären, bereits gemeinsame Versammlungen mit den Kommunisten abzuhalten. Trotzdem wagte es Cyrankiewicz, auf dem sozialdemokratischen Parteikongreß Mitte Dezember vorigen Jahres festzustellen, daß die Zeit für eine Vereinigung noch nicht gekommen sei. Jetzt kann sich Cyrankiewicz der Vereinigung aber nicht länger widersetzen, vor allem wohl wegen des Abfalls Titos, was jede Stärkung der "volksdemokratischen" Einheitsfront wünschenswert erscheinen läßt. Außerdem braucht Polen dringend die Unterstützung der Sowjetunion bei seiner Politik gegenüber Deutschland. - In der Tschechoslowakei hatte sich die Sozialdemokratie bis zum Februar noch verhältnismäßig frei entwickeln können. Auf dem letzten Parteitag war sogar der allzu kommunistenfreundliche Fierlinger gegen den für einen völlig selbständigen Kurs eintretenden Lauschmann als Vorsitzenden ausgetauscht worden. Aber diese Tatsache hat die Kommunisten wohl mit veranlaßt, den Staatsstreich zu beschleunigen, besonders, nachdem Fierlinger sich erboten hatte, das Amt eines Totengräbers seiner Partei zu übernehmen. - In Rumänien und Bulgarien verfügten die Sozialdemokraten nicht über die Stärke und innere Festigkeit wie in den mehr westlich gelegenen Staaten. Nachdem die mehr rechts eingestellten Führer beseitigt waren, gaben die anderen den Widerstand auf. - In Ungarn dauerte dieser Prozeß länger, was wohl mit darauf zurückzuführen ist, daß die Sozialdemokratie hier schon auf eine über 50-jährige Tradition zurückblicken kann. - Darauf, daß Finnland einen anderen Weg gehen konnte, wurden schon hingewiesen. Hier hat die Sozialdemokratische Partei sogar Anhänger gewonnen, wie die letzten Wahlen zeigten, so daß sie jetzt die Regierung übernehmen konnte.

Die sozialdemokratischen Parteien, die damals noch bestanden, hatten sich im Juni in Warschau zu einem Schwanengesang getroffen. Ihre dort abgehaltene Konferenz hatte in erster Linie den Zweck, als Gegengewicht gegen die in Westeuropa gebildete "Komiso" zu wirken, eine Aufgabe, die sie wegen der geringen Beteiligung - neben drei SP des Ostens nahmen nur noch die Vertreter der linken Flügel der französischen und italienischen sozialistischen Parteien daran teil - wohl schwerlich erfüllt haben dürfte. - Eine größere politische Bedeutung kommt aber auch jenen sozialdemokratischen Exilpolitikern der Oststaaten nicht zu, die sich Mitte März in Paris zu einem "Bureau International Sozialiste" zusammengeschlossen haben, außer, daß man ihnen die Achtung entgegenbringt, die Männer verdienen, die den Kampf nicht aufgeben, und für ihre Überzeugung sogar ihre Heimat verlassen. Wobei man allerdings nie die Unzähligen vergessen sollte, denen eine Flucht nicht möglich war, oder die auf sie verzichteten, um in der inneren Emigration ein noch schwereres Schicksal auf sich zu nehmen.

Der Schwarze Rekord der Sowjetunion37 Vertragsbrüche in sieben Jahren

sp. Das amerikanische Außenministerium hat dem Kongreß eine Liste der eklatantesten Vertragsbrüche zusammengestellt, die sich die Sowjetunion seit dem Sommer 1947 ihren Verbündeten gegenüber geleistet hat. Es handelt sich um insgesamt 37 Fälle; sie beziehen sich jedoch nur auf die Verträge, die Deutschland, Österreich, Ost- und Südeuropa, Korea und die Mandschurei betreffen. Die Übereinkommen, die zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über deutsche Fragen unterzeichnet wurden, sind nach dieser Liste insgesamt zehnmal von den Russen gebrochen worden. Zu den vier schwersten dieser zehn Vertragsbrüche zählen nach Ansicht des State Departments: 1. Die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie durch die Russen als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen und entsprechende eigenmächtige territoriale Veränderungen, obwohl im Potsdamer Abkommen die endgültige Grenzziehung dem Friedensvertrag vorbehalten blieb. 2. Die ständigen Entnahmen von Reparationen aus der laufenden Produktion durch die Russen, die Absorbierung großer Teile der deutschen Industrie in der Ostzone durch sowjetisch kontrollierte Konzerne und die Ausbeutung der deutschen Rohstoffquellen in unerlaubtem Maße, sowie die ständige Weigerung der Russen, den alliierten Kontroll-Behörden Bericht über die entnommenen Reparationen zu erstatten. 3. Die Sabotage aller Versuche durch die Russen, das im Potsdamer Abkommen festgelegte Prinzip, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, in die Tat umzusetzen und ihre Weigerung, an der Festlegung eines gemeinsamen Export-Importplanes für ganz Deutschland mitzuarbeiten, um so die Ausbalanzierung der deutschen Wirtschaft zu erreichen. 4. Die Einschränkung der Aktionsfähigkeit anderer politischer Parteien als die der SED in der Ostzone und im Ostsektor von Berlin durch die russischen Besatzungsbehörden, die zur völligen Unterdrückung der SPD in diesen Gebieten geführt hat, sowie die Aufrichtung eines totalitären Systems, das die einfachsten Menschenrechte unterdrückt und mit Zwangsenteignung von Privatbesitz, Verhaftungen, Verschleppungen und Zwangsarbeit operiert. (B1/98/1/hs)

Frankfurt radikalisiert Gewerkschaften

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Es ist nach der Schaffung des Frankfurter Wirtschaftsrates und der darin dominierenden CDU und FDP das Bestreben dieser Gruppen gewesen, die Gewerkschaften von jeder Einflußnahme auf die Wirtschafts-führung und -lenkung der Bizone auszuschalten und ihnen überdies jegliches Mitbestimmungsrecht in der praktischen Wirtschaftslenkung abzuzusprechen.

Der Preiswucher bei den Lebensmitteln hat nun dazu geführt, daß die Gewerkschaften zur Selbsthilfe greifen mußten und sich für eine aktive Bekämpfung dieses Preiswuchers auf der Straße eingesetzt

haben, nachdem man ihnen den Platz am Konferenztisch verweigert hatte. Die spontanen Aktionen in westdeutschen Städten, wo Arbeiter und Hausfrauen auf den Märkten gegen den Preiswucher vorgingen, haben eine Stimmung innerhalb der Käuferschichten geschaffen, die von den Frankfurter Befürwortern der freien Wirtschaft aller Wahrscheinlichkeit nach nicht herbeigeseht worden war. Ohne Zweifel ist es durch die zügellose Preispolitik und die dadurch von Frankfurt heraufbeschworene Selbsthilfe der Gewerkschaften zu einer Radikalisierung der öffentlichen Meinung gekommen, die zu vermeiden war. Wohl selten war eine Krise zwischen Handel und Käufern so ernst. Wenn von Frankfurt aus nicht bald eine Steuerung der Preise für die lebenswichtigen Bedarfsgüter auf eine den Löhnen angemessene Höhe erfolgt, treibt es diese Radikalisierung nur noch weiter voran. Ob es politisch zweckdienlich ist, eine solche Bewegung noch zu schüren, sollte man sich in Frankfurt doch gründlich überlegen. Eine erst einmal rollende Lawine lenken zu wollen, ist meist ein zweifelhaftes Unterfangen. Bisher beherrschten die Gewerkschaften die Situation, wie sie jahrelang die Arbeitnehmer in Hinblick auf die angekündigte Währungsreform erfolgreich zur Disziplin aufgerufen hatten.

Zum praktischen Schutz der Käufer gegen das unsinnige Emporklettern der Preise haben die Gewerkschaften in mehreren großen Versammlungen gefordert, die lebenswichtigen Bedarfsgüter an die Verbraucher nur noch über die bereits bestehenden oder gegebenenfalls neu zu gründenden Konsumgenossenschaften gehen zu lassen. Hält Frankfurt an dem hemmungslosen Spiel der freien Kräfte in der Mangelwirtschaft weiter fest, dann fördert es damit ungewollt den Genossenschaftsgedanken. Die Konsumgenossenschaften sind eine der wirkungsvollsten und auch von der freien Wirtschaft am stärksten gefürchteten Abwehrwaffen der Verbraucher gegen die hohen Verdienstspannen des Handels und der lebenswichtigen Güter produzierenden Industrie. Während die freie Wirtschaft in Deutschland die Waren so teuer wie nur irgend möglich an den Mann bringen will, wollen die Verbrauchergenossenschaften die Waren den Käufern so billig wie möglich zur Verfügung stellen. Die Wahl ist also für den Käufer in dieser Situation wirklich nicht schwer. Frankfurt spielt hier mit Bällen, die mancher Kaufmann viel lieber unberührt gesehen hätte.

In den nächsten Wochen muß zu erkennen sein, wie viel Frankfurt an einer vernünftigen Preispolitik gelegen ist. Auf alle Fälle erscheint es verständlich, wenn die Gewerkschaften notgedrungenerweise alle erforderlichen Vorbereitungen für einen wirkungsvollen Schutz der Verbraucher treffen. (sp)

Angeleichung an den Weltmarkt

sp. Ein neues Schlagwort zur Tarnung des Preiswuchers hat die "freie" Wirtschaft erdacht: Angleichung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise. Die bezahlten Wirtschaftsrechner und Liberalpropagandisten manchen sich nun mit weit ausholenden Armen an die Zitierung von Preisen möglicher und unmöglichster Art. Was dabei nicht ganz in den Kram paßt, wird einfach fortgelassen, so daß den Käufern ein Preiserspiegel vorgehalten wird, der sie förmlich trunken macht, - was er ja auch soll - und sie schließlich die, durch keine wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerechtfertigten neuen Wucherpreise bezahlen läßt. Ein Musterbeispiel für diese Angleichung deutscher Preise an die Weltmarktpreise stellen die Tomaten dar. Die deutschen Tomaten werden von den Einzelhändlern um 100 bis 200 Prozent teurer gekauft als die italienischen Tomaten. Warum führt die Frankfurter Wirtschaftsführung hier nicht die Angleichung an die Weltmarktpreise herbei? Wahrscheinlich wird man hier anführen, daß die "Gestehungskosten für die Tomatenproduktion" in Deutschland höher sind. Die vielzitierten Transportkosten können in diesem Fall wohl schwerlich herhalten.

Eine rühmliche Ausnahme macht Minister a.D. Blücher, Vorsitzender der FDP in der britischen Zone. Er bezeichnete auf einer Kundgebung des Einzelhandelsverbandes in Hannover die Beziehung auf die Weltmarktpreise als "lächerlich" und "gegen jede Vernunft", was vor diesem Forum umso peinlicher wirkte, als der Vornedner, Dr. Holzapfel, der Fraktionsvorsitzende der CDU die "um 30-35 Prozent höheren Weltmarktpreise" zum Kernpunkt seiner Verteidigung des Preiswuchers gemacht hatte.

(B. 50a/98/2/hs)

Schwabenstreiche

sp. Im "Musterlände" sind neuerdings etliche Muster ohne Wert der erstaunten Öffentlichkeit offeriert worden. So hat die Spruchkammer Karlsruhe den ehemaligen Obergerichtsführer der HJ., Träger des Goldenen Parteiabzeichens, NS-M.d.R., Friedrich Kemper, für 200 DM Sühnegeld angeboten; drei Jahre Arbeitslager gelten durch drei Jahre Interniertenlager als abgegolten. Aber die südbadische Konkurrenz in Freiburg ist noch tüchtiger. Sie offeriert den ehemaligen Leiter des Kriminalamtes und Chef der Gestapo, Weiland, der erstaunten Nation Wohlgebiens als soeben ernannten Leiter der Landeskriminalpolizei.

Im benachbarten Württemberg-Hohenzollern wurde kürzlich der Redakteur der ZP-Zeitung wegen "Beleidigung" des früheren reichsgerichtlichen Nazi-Rechtskommentators und jetzigen Oberlandesgerichtspräsidenten Niethammer verurteilt; bei der eingeleiteten Revision wurden sämtliche Richter als befangen abgelehnt, so daß man nun auf der Suche nach einem außerschwäbischen Gerichtshof ist, der entscheiden kann. Daraufhin hat ein Amtsgerichtsrat Wenger den Austritt aus dem Justizdienst erklärt wegen "der erheblichen Kluft zwischen meiner persönlichen Auffassung von der Notwendigkeit der Erneuerung des Rechtswesens und dem tatsächlichen Zustand der Rechtsprechung".

H.

In der Zeit vom 1.-8. August fand ein außerordentlicher Kongress der Internationalen Union der sozialistischen Jugend in Löwen in Belgien statt, an dem Vertreter von 22 Nationen teilnahmen. Auf ihm wurde die folgende Resolution gefaßt:

1. Wir jungen Sozialisten aus aller Welt, die sich im August 1948 in Belgien getroffen haben, rufen alle jungen Menschen dringend auf, sich ihrer Verantwortung für die Zukunft der Welt bewußt zu sein, die auch ihre Zukunft ist.
2. Heute, da sich wieder zwei Großmächte in Waffen gegenüberstehen und die Gefahr eines neuen Weltkrieges unser Leben überschattet, hat der demokratische Sozialismus mehr als je zuvor für seinen eigenen Weg zu kämpfen, der allein die Welt aus ihrem gegenwärtigen Chaos in eine bessere Zukunft führen kann.
3. Junge Menschen, wir wissen, daß eure Skepsis gegenüber Schlagworten und Phrasen nur zu berechtigt ist. Die Desillusionierung verstärkt aber nur unsere Entschlossenheit, noch härter und entschiedener zu kämpfen.
4. Unser Kampf gilt der Verteidigung und endlichen Durchsetzung der Grundsätze des Sozialismus, die auf den Idealen der Freiheit und der vollständigen Demokratie beruhen. Diese Ideale, die in der Achtung der menschlichen Persönlichkeit wurzeln, können nur in einem sozialistischen Wirtschaftssystem verwirklicht werden.
5. Die sozialistische Bewegung ist die Kraft, die einen Ausweg aus dem Dilemma der Entscheidung zwischen kapitalistischer Ausbeutung und kommunistischem Terror zeigt, und die einzige Alternative eines Krieges.
6. Die sozialistische Bewegung muß vorangehen in dem Kampf für ein freies vereinigtes Europa in einer einheitlichen Welt.
7. Weniger als je zuvor kann unser Sozialismus auf einer nationalen Grundlage verwirklicht werden. Daher fordern wir eine sofortige politische Zusammenarbeit Europas, die auf einer wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit beruhen muß, und die Überwindung des veralteten Begriffs der nationalen Souveränität.
8. Wir werden für die vollständige Abschaffung des Kolonialsystems und der kapitalistischen Ausbeutung der Kolonialvölker kämpfen. Als Sozialisten setzen wir uns dafür ein, daß diese Völker in voller Freiheit entscheiden sollen, ob sie eine neue Form der Zusammenarbeit mit einem vereinigten Europa auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung eingehen wollen.
9. Von unserem Treffen, das eine neue Phase unserer Arbeit einleiten soll, grüßen wir die arbeitende Jugend in aller Welt: die jungen Sozialisten auf dem Lande und in den Betrieben, in Schulen, Universitäten und Büros, die für ihre Ideale kämpfen. Wir grüßen die spanische Jugend und Büros, die für ihre Ideale kämpfen. Wir grüßen die Jugend Osteuropas, die unter dem Terror der "Volksdemokratie" lebt, und die Jugend Chinas und Griechenlands, die sich in ihren tragischen

III/95/9.8.1948

Kampf zwischen den beiden Extremen nach Frieden und Demokratie sehnt. Wir grüßen die Jugend der Kolonialvölker, die für ihre Freiheit und eine neue soziale Ordnung kämpft, und die deutsche Jugend in ihrem verzweifelten Bemühen, aus dem Chaos herauszukommen.

10. Unsere Verbände, die sich in der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend vereinigt haben, kämpfen für eine neue Welt der Freiheit und der Gerechtigkeit.
11. Wir versprechen Euch, unsere praktische Zusammenarbeit zu verstärken und dadurch eine feste Gemeinschaft zum Kampf für den demokratischen Sozialismus aufzubauen.
12. Heute kann keiner mehr abseits stehen. Wer sich dem Kampf fernhält, fördert nur die Mächtschaften der reaktionären und antidemokratischen Kräfte.

Entscheidet Euch und kämpft mit uns für Eure eigene Zukunft in einer besseren Welt!

AUCH FINANZHILFE FÜR BERLIN

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt folgenden A u f r u f :

An alle Freunde der Freiheit!

Der Kampf um Berlin ist ein Kampf für die Freiheit und die Demokratie in ganz Deutschland.

Die Führer in diesem Kampf ist die Berliner Sozialdemokratie. Ihre Mitglieder verteidigen die Freiheit ihrer Stadt mit großem persönlichen Mut und unter erheblichen persönlichen Opfern.

Die Bevölkerung Westdeutschlands hat in den letzten Wochen bewiesen, daß sie bereit ist, für Berlin Opfer zu bringen. Die Hilfsaktionen für Berlin sind ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Einheit Deutschlands.

Der Kampf geht weiter. Die Feinde der Demokratie führen ihn nach wie vor mit allen Mitteln. Eines dieser Mittel ist die finanzielle Blockierung und Aushungerung der Berliner Sozialdemokratie. Auch dieser Schlag darf nicht gelingen.

Wir appellieren an alle Freunde der Freiheit und der Demokratie, der Berliner Sozialdemokratie finanzielle Hilfe zu gewähren. Jede Unterstützung, auch die kleinste, ist wertvoll.

Alle Spenden können eingezahlt werden auf das Konto bei der Niederdeutschen Bankgesellschaft Hannover, Nr. 54200, Erich Ollenhauer und Alfred Nau - Kampffond Berlin -

Wir wissen, daß dieser Appell nicht vergebens sein wird. Helft und bedenkt: Wer schnell gibt, gibt doppelt!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei
Hannover, 5. August 1948
Deutschlands